

## Unsere Spitallandschaft im Wandel

von Harry Quaderer

In stark verkürzter, aber hoffentlich verständlicher Form habe ich einige Fakten aufs Papier gebracht, welche die heimische und regionale Spitallandschaft betreffen. Im Oktober 2011 haben 58% der liechtensteinischen Bevölkerung den Verpflichtungskredit für den Neubau des Landesspitals eindeutig verworfen. Zwischenzeitlich wurden einige Millionen Franken ins Landesspital investiert. Die bauliche Substanz wurde vom damaligen Spitaldirektor und ärztlichen Leiter als ruinös bezeichnet, so dass in wenigen Monaten eigentlich nur noch eins übrigbleibe, den Schlüssel zu drehen und das Spital zu verlassen. Dies war offensichtlich eine Fehldiagnose. Als weitere klare Fehlentscheidung entpuppte sich, dass die damalige Regierungsrätin Renate Müssner sowie der Spital-Stiftungsratspräsident Michael Ritter auf Teufel komm raus auf die Karte «Akut Spital» und vollen Konkurrenzkampf zu den umliegenden Spitälern setzten. Die Tatsache, dass für eine solche Ausrichtung des Landesspitals eine Bevölkerung von mindestens 100tausend Einwohnern nötig wäre, wurde komplett ignoriert. Man wollte es diesen dummen Gegnern des Verpflichtungskredites ganz einfach zeigen und hat durch die Hintertüre eine Strategie gewählt, von welcher wir nun die Quittung serviert bekommen. Der Steuerzahler bezahlt die Zeche wie auch schon bei anderen fehlerhaften Strategien von Staatsbetrieben. Die einzigen Profiteure dieses ganzen Fiascos sind wohl die Belegärzte, die es sich leisten konnten, in Bendern eine Privatklinik zu bauen. Dass wir nun mit einer Privatklinik in Bendern oder auch einer Privatklinik in Fläsch und einer entstehenden Privatklinik auf Gaflei im Gesundheitsmarkt ein Angebot kreieren, das sich dann selber die Nachfrage schafft, wird wohl kaum zu einer kostendämpfenden Situation im Gesundheitsmarkt sorgen.

### Miteinander anstatt Gegeneinander

Das Referendumskomitee «Übers Spital scho – aber so NEIN!» forderte eine Zusammenarbeit mit dem Spital Grabs. Es sollten Synergien genutzt und Ergänzungen dort geschaffen werden, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Anstatt sich gegenseitig in denselben medizinischen Fachgebieten zu konkurrenzieren, wäre es im Sinne des Patienten die beste Lösung gewesen, pflege- und versorgungstechnisch keine Doppelspurigkeiten aufzubauen. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit hätte mit Sicherheit nicht nur Kosten gespart, sondern auch die Qualität der Versorgung des Patienten erhöht. Diese Logik wurde aber einfach ignoriert.

### Was nicht sein darf, kann nicht sein

Die von der du-Fraktion im Mai 2013 eingereichte Interpellation zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland und



des Liechtensteinsichen Landesspitals ergaben klar, dass für eine Zusammenarbeit mit Grabs das Züglein längst abgefahren war. Der Stiftungsrat unter Führung von Dr. Michael Ritter hat sich für eine Zusammenarbeit mit dem Kantons-spital Chur entschieden, wodurch sich die Konkurrenzsituation mit Grabs wohl noch mehr verschärfte. Diese Entwicklung war auch in der nicht länger wohlwollenden Haltung seitens der St. Galler Politik erkennbar. Es braucht ja immer noch zwei, um Tango zu tanzen. Die damaligen Gesundheitsministerinnen im FL und im Kanton SG (Renate Müssner und Heidi Hanselmann) fanden den Weg zu einer gemeinsamen Trägerschaft nicht. In einem Papier wurde seitens des Stiftungsrates Landesspital lapidar festgestellt, dass eine Hauptkooperation mit dem Spital Grabs nicht in Betracht gezogen werden könne. Erste Gespräche hätten gezeigt, dass eine win-win-Situation nicht entstehen könne. Dies obwohl Frau Hanselmann in einem Interview im W&O betonte, dass sie es bedauern würde, wenn Konkurrenz anstelle der bewährten Zusammenarbeit eintreten würde. Ein Miteinander auf Augenhöhe oder, besser gesagt, ein gemeinsam finanziertes und getragenes Spital scheiterte am politischen NEIN.

Zwischenzeitlich wurde in Grabs ein komplett neues Spital für 137 Millionen Franken begonnen. Anstatt Synergien zu schaffen, wurde beidseits des Rheins auf Konkurrenz gesetzt. Eine gemeinsame Trägerschaft wäre die einzig richtige Lösung gewesen. Ja, sogar die Geburtenabteilung im LLS wäre damit gerettet gewesen. Aber nein, so sollte es nicht sein. Man wollte zwei separate Geburtenabteilungen. Vaduz zog aber auch hier den Kürzeren. Die hoch defizitäre Abteilung in Vaduz wurde schliesslich aufgegeben und nach Grabs verlegt.

### Mengenausweitung und Doppelspurigkeiten

Zu dieser Thematik nahm die Regierung in der von der du-Fraktion eingereichten Interpellation folgendermassen Stellung bezogen: «Generell spricht man im Gesundheitswesen vom sogenannten Phänomen der angebotsinduzierten Nachfrage. Dies bedeutet, dass sich das Angebot an Leistungen nicht nach der Nachfrage richtet, sondern sich das Angebot seine Nachfrage erschafft. Gibt es beispielsweise in einer Region mehr Ärzte als in einer anderen Region, geht man davon aus, dass dort auch mehr Gesundheitsleistungen erbracht werden, unabhängig vom allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung. Solche

Überlegungen kann man sich auch für die Spitalversorgung machen. Studien zeigen beispielsweise, dass Privatpatienten öfters operiert werden als Patienten ohne Zusatzversicherung.» Zitatende. Falls der/die geneigte LeserIn die gesamte Interpellationsbeantwortung lesen möchte, empfehle ich die Landtagsprotokolle des Jahres 2013 nachzulesen (auf [www.landtag.li](http://www.landtag.li) zu finden).

### Auswirkungen einer Privatklinik auf das Liechtensteinische Landesspital und das Liechtensteinische Gesundheitssystem

Unter der Regierung Tschüscher und Gesundheitsministerin Müssner wurde den Betreibern einer geplanten Privatklinik eine provisorische Betriebsbewilligung erteilt, die für fünf Jahre gültig sein sollte. Zwischenzeitlich wurde diese Klinik in Bendern (Medicnova) von acht ehemaligen Belegärzten des LLS, darunter auch der Bruder der damaligen Gesundheitsministerin, gebaut und im Januar 2017 in Betrieb genommen. Eine Klinik mit zwei Operationssälen, die sich auf sogenannte «lukrative» Fachrichtungen und «lukrative» Privatversicherung ausrichtet. Die Frage, mit welchen finanziellen Einbussen, allenfalls Abnahmen von Fallzahlen, das LLS zu rechnen habe, wenn die Privatklinik den Betrieb aufnehme, hat die Regierung Adrian Hasler folgendermassen beantwortet: «Es liegt auf der Hand, dass die (all-fällige) Eröffnung der Privatklinik in Bendern zu einer zusätzlichen Konkurrenzierung des Landesspitals mit entsprechenden Auswirkungen führen wird, da sich das geplante Leistungsspektrum dieser Klinik zum Teil mit jenem des LLS deckt. Es ist zurzeit allerdings nicht möglich, diese Auswirkungen zu quantifizieren. Wesentlich ist, dass die neu festgelegte Strategie des LLS im Wissen um die sich aus der freien

Fortsetzung auf Seite 2

## «Kann die Politik zu einer Steigerung der Produktivität beitragen?»

Herbert Elkuch

Diese Frage wurde im Zusammenhang mit der Zuwanderung gestellt, nachdem eine Studie aufgezeigt hatte, dass durch Zuwanderung erzielter Arbeitsstundenzuwachs zwar das Volumen vergrössert, jedoch das Bruttonationaleinkommen<sup>1)</sup> senkt. Entscheidend für den Wohlstand und die Lebensqualität ist, was pro Kopf den in Liechtenstein wohnhaften Personen übrigbleibt. Das bedeutet, die seit Jahren sinkende Produktivität müsste wieder gesteigert werden, um die Einkommen pro Kopf auf die Werte wie 1998 anzuheben. Dazu müsste erst über mögliche Gründe gefragt werden, warum seit 1998 die Produktivität rückläufig ist.

Durch die Übernahme von immer mehr Regulierungen nimmt der Aufwand in den Betrieben zu und

wirkt produktionsdämpfend. Der Verkehrsfluss ist vor allem in den Stosszeiten langsamer geworden. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist für alle Wirtschaftsbereiche essenziell.

Subventionierungen in einem noch nie dagewesenen Ausmass verzerren den Markt. Die Digitalisierung erleichtert die Beschaffung von Produkten aus Billiglohnländern, die heimische Produktion wird zu teuer. Die EU funktioniert nicht wie sie sollte: Die grossen Lohnunterschiede in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum sind zermürbend für Länder mit hohen Lebenshaltungskosten.

Und nicht zuletzt: Die Vernachlässigung der Familienpolitik in den letzten Jahrzehnten trug zu einer viel zu tiefen Geburtenrate für eine stark wachsende Wirtschaft bei.

<sup>1)</sup> Das Bruttonationaleinkommen (BNE), bis 1999 auch Bruttosozialprodukt (BSP) genannt, ist eine volkswirtschaftliche Kennzahl. Sie ist gleichbedeutend mit dem Einkommen der Inländer aus Erwerbstätigkeit und Vermögensbesitz, weshalb das Bruttonationaleinkommen als zentraler Einkommensindikator einer Volkswirtschaft gilt. Im Jahr 1998 zählte das Bruttonationaleinkommen pro Einwohner CHF 112'100. Bereinigt um die Teuerung seit 1998, lag das reale Bruttonationaleinkommen pro Einwohner im Jahr 2013 bei CHF 98'200. (Quelle Amt für Statistik)

### du-Hock Unterland

Der nächste du-Hock findet am 21. Juni 2017, 19:00 Uhr, im Gasthaus Wari Hütle statt. Alle du-Sympathisanten sind herzlich willkommen.

## EDITORIAL

Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen zwischen FDP und VU veröffentlichte das «Volksblatt» – «Die Tageszeitung für Liechtenstein» – eine Serie von Interviews mit den Parteipräsidenten. Die Parteien wurden grösstenteils danach gefragt, worauf sie sich in der bevorstehenden, mittlerweile angebrochenen neuen Legislaturperiode konzentrieren würden. Es ging in den Fragen vor allem um Sachthemen, von der Bildung bis zur Raumplanung und der S-Bahn FL.A.CH, aber auch um die Art und Weise wie die Parteien politisieren wollen.

So war das mit den Fragen, welche die Volksblatt-Redakteure den Präsidenten von FDP, VU und Freier Liste stellten. Die Fragen, die an den Fraktions-sprecher und damit Parteivorsitzenden der Unabhängigen, Harry Quaderer, gerichtet wurden, tönnten etwas anders. Volksblatt-Redaktor David Sele schien sich vor allem für alte Zöpfe und du-Internas zu interessieren, die – soviel war leicht ersichtlich – auch noch reisserisch präsentiert werden sollten. Zum was weiss ich wievielten Male war etwa das angeblich mangelnde «klassische Wahlprogramm» der Unabhängigen ein Thema, obwohl die Nachwahlbefragung ergeben hatte, dass die Unabhängigen nicht zuletzt wegen ihres Wahlprogramms gewählt wurden – sei dies nun «klassisch» gewesen oder nicht. Noch seltsamer war die Frage, worin denn in der Praxis der Unterschied zwischen einem Verein und einer Partei liege, da doch die Unabhängigen so grossen Wert darauf legten, dass sie ein Verein und keine Partei seien. Ausser dem Volksblatt-Redaktor David Sele war wohl schon jedem und jeder im Lande klar, dass der Verein der Unabhängigen eine Partei ist, genauso wie die Parteien FDP, VU und Freie Liste samt und sonders Vereine sind. Alle vier Parteien im Land sind als politische Vereine organisiert, wobei sich der Vereinsvorstand der Unabhängigen ganz bewusst nur aus Abgeordneten zusammensetzt. Gemäss Statuten ist der Fraktionssprecher jeweils der Parteivorsitzende. Nach Meinung der Unabhängigen ist es ein Vorteil, wenn die gewählten Mandatare die Partei selbst führen anstatt sich auf eine separate Parteiführung zu verlassen.

Schliesslich wunderte sich David Sele auch noch über die Zeitung der Unabhängigen, das «hoi du». Ob die Beiträge der einzelnen Autoren als Positionen der Unabhängigen gesehen werden könnten, ob es einen Faktencheck gebe und ob im «hoi du» beispielsweise auch ein Text, «der die Abschaffung der Monarchie und die Einführung des Kommunismus fordere», abgedruckt würden. Weder der FDP, VU noch der Freien Liste wurden Fragen zu ihrem Verhältnis zu ihren Parteizeitungen gestellt.

In einem Kommentar an dieser Stelle im letzten «hoi du» zitierte ich einige der Fragen, die David Sele Harry Quaderer gestellt hatte, um zu illustrieren, warum der Letztere schliesslich darauf verzichtete, die Fragen zu beantworten. Ganz offensichtlich verstand David Sele diese Kritik nicht. Er stellte sich auf den Standpunkt, dass ich durch das Zitieren einiger beispielhaften Fragen sein Recht auf Erstveröffentlichung verletzt hätte und das «Volksblatt» schenkte ihm auch noch mehr als eine halbe Seite, damit er im Nachhinein seine ach so tollen Fragen, begleitet von einem Kommentar, veröffentlichen konnte. Dabei bezeichnete David Sele das «hoi du» als «Propagandablatt» und mich betitelte er als «du-Pio». Offenbar spürt er nicht, wie tendenziös sein journalistisches Verhalten ist, und merkt deshalb auch nicht, dass man ganz einfach keine Lust hat, auf seine Fragen einzugehen.



## Unsere Spitallandschaft im Wandel

Fortsetzung von Seite 1

Spitalwahl im In- und Ausland ergebende Konkurrenzsituation entwickelt worden ist.» Zitatende. Auch diese Interpellationsbeantwortung ist im Internet abrufbar.

### Für Kooperation statt Konkurrenz

Rund 25 Prozent der Patientinnen und Patienten des Spitals Grabs kommen aus Liechtenstein, ab 2017 werden es dank einer neuen Kooperation mit der Privatklinik Medicinova jährlich circa 350 zusätzlich sein. «Wie sind die Auswirkungen auf das Landesspital in Vaduz?» Dies die rhetorische Frage des Journalisten Thomas Schwizer in einem sehr gut recherchierten Artikel im W&O vom 23. Juni 2016. Damit war die Katze endgültig aus dem Sack. Was in Kooperation zwischen dem LLS und dem Spital Grabs nicht möglich war, wird nun durch die Privatklinik Medicinova in Bendern möglich. Die von acht Liechtensteiner Belegärzten geschaffene Klinik in Bendern hat eine Kooperationsvertrag mit dem Spital Grabs zustande gebracht. LLS Vaduz, Spital Grabs, Medicinova Bendern, Privatklinik Gut in Fläsch: Der Wettbewerb (oder besser gesagt Kon-

kurrenzkampf) nimmt seinen Lauf! Gemäss Kooperationsvertrag darf Grabs rund 350 Patienten zusätzliche Patienten erwarten, rund 250 davon in «lukrativen» Disziplinen wie Orthopädie/Traumatologie, die restlichen Fälle betreffen die Fachgebiete Urologie, Gefässchirurgie und plastische Chirurgie. Gemäss Stefan Lichtensteiger, CEO der Spitalregion Rheintal Werdenberg und Sarganserland, ein «Beitrag an die optimale Versorgung liechtensteiner Patienten.» Grundsätzlich gilt immer noch die freie Spitalwahl für alle Patienten.

### Woran sind die Verhandlungen mit dem LLS Vaduz tatsächlich gescheitert?

Irgendwie hätte es doch auf der Hand gelegen, dass die acht ehemaligen Belegärzte, welche die Privatklinik initiierten, mit Vaduz weiter gearbeitet hätten. Gemäss Artikel von Herrn Schwizer habe die Bereitschaft dazu bestanden, man sei jedoch an Verhandlungen, welche zu keinem tragfähigen Ergebnis geführt hätten, gescheitert. Bis dato bleiben uns die Verantwortlichen des LLS eine klare Antwort schul-

dig, was genau die Verhandlungen zum Scheitern brachte.

Mit dem Chefarztsystem und etlichen Neurekrutierungen wurde versucht, die wohl schmerzhaft sinkenden Fallzahlen in der Chirurgie zu ersetzen. Die Rechnung geht nun nicht auf. Das LLS wird in diesem Jahr etliche Millionen Franken Mindereinnahmen zu verzeichnen haben. Das hochgepreisene und nachgeahmte Zürcher Modell sieht eine Mindestanzahl von Fallzahlen in diversen Disziplinen vor, damit die Qualität der erbrachten Leistungen überhaupt je stimmen kann. Wie soll man in Vaduz diese Fallzahlen erreichen?

### Und die Moral der Geschichte?

Den Steuer- und Prämienzahler wird diese über Jahre hinweg verfehlte Entwicklung im Spitalwesen Liechtensteins teuer zu stehen kommen. Können und werden die Verantwortlichen dieser unsäglichen Entwicklung unseres Gesundheitswesens weiterhin tatenlos zuschauen oder werden auch in Sachen Spitallandschaft im Liechtenstein endlich einmal weitsichtige Entscheidungen getroffen?

## Die Berufsmatura in Liechtenstein: Toröffner in die Zukunft

Herbert Elkuch

### Die duale Ausbildung ist Zukunft

Unsere Wirtschaft braucht Berufsleute mit praxisbezogener und gleichzeitig wissenschaftlich fundierter Ausbildung mit internationalen Inhalten. Es braucht fachlich kompetente Berufsleute, mehrsprachig für die globale Kommunikation, um hochwertige Produkte mit hoher Wertschöpfung in Liechtenstein zu entwickeln, zu produzieren und weltweit zu vermarkten.

### Die Berufsmaturitätsschule

Gegenwärtig bereiten sich in der BMS rund 150, meist junge Erwachsene aus Liechtenstein, den benachbarten Schweizer Kantonen und aus Vorarlberg auf die Berufsmaturität vor – entweder im zweijährigen berufsbegleitenden oder im einjährigen Vollzeitlehrgang. Einige Studierende nutzen auch die Möglichkeit, den berufsbegleitenden Lehrgang modular über vier Jahre zu absolvieren. Den Unterricht erteilen rund 25 Lehrpersonen. Es ist erfreulich, dass sich so viele junge Leute nach der Lehre weiterbilden. Diese Investition in

die Weiterbildung trägt sicherlich für den Erhalt und Weiterentwicklung des regionalen Wirtschaftsstandortes Rheintal bei, ist also gut angelegtes Geld.

### Zentrale Lage ist im Unterland

Aufgrund der hohen Nachfrage ist mehr Raum notwendig. Gemäss Landtagsbeschluss vom 21. März 2012 ist die Berufsmaturitätsschule im Unterland zu errichten. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, warum jetzt vorerst in Vaduz ein Provisorium errichtet werden soll. Vor allem für Lernende, welche berufsbegleitend die Ausbildung absolvieren, ist eine zentrale Lage von Vorteil. Das Unterland, speziell Bendern, ist für Liechtensteiner, Vorarlberger, St Galler und Toggenburger sowohl mit dem Auto als auch mit dem öffentlichen Verkehr sehr gut erreichbar, umgeben von Betrieben mit zukunftsorientierten Technologien im Umkreis weniger Kilometer.

Die duale Ausbildung hat Zukunft. Es bleibt zu hoffen, dass eine dauerhafte und zweckmässige Lösung angestrebt wird, anstatt Zeit und Geld mit Provisorien zu vergeuden.

## Wer hat's erfunden?

von Jürgen Beck

Na, die Schweizer waren es nicht, vielleicht ein wenig. Nein, ich meine nicht das Kräuterbonbon, ich meine die neue politische Kultur. Noch heute werde ich immer wieder gefragt, welches Ressort bearbeitest denn Du im Landtag? Man meint damit, dass es genügt, wenn sich ein Abgeordneter auf ein oder zwei (Fach-)Gebiete konzentriert. Mir liegt dagegen mehr die Vielfalt und die Sicht auf das Ganze, das fachspezifische sei den Regierungsräten vorbehalten, darum wählt man in die Regierung auch nur die besten Köpfe mit dem besten Fachwissen, selbstverständlich ohne parteipolitische Hintergedanken.

Vor den Wahlen wurde ich gar gefragt, wofür ich mich einsetzen werde, so ich denn gewählt werden würde? Gleichzeitig las ich mehrmals in der Zeitung, dass «wahlhilfe.li» das entscheidende, helfende Medium gewesen sei. Aus dieser Wahlhilfe leiten dann ausgesuchte Spezialisten eine politische Gesinnung ab, und meinen, der gewählte Abgeordnete hätte sich gefälligst an diese Analyse zu halten. Was für ein Mumpitz und wie oberflächlich.

So leichtfertig, wie man den einzelnen Abgeordneten eine Gesinnung zuordnet, so leichtfertig versucht man, den Unabhängigen als Verein zu unterstellen, dass sie Populisten seien, natürlich am rechten Rand des politischen Spektrum. Das hinwieder sei ja, wie man im Ausland und in der Geschichte erkennen könne, etwas Schlechtes, gar Bedrohliches. Die sogenannten Hüter der politischen Wahrheit warnen mehr oder weniger offen vor dieser Saat der Veränderung und Erneuerung.

Ein solches Vorgehen hat natürlich System und zielt darauf ab, die bestehenden eigenen Pfründe zu erhalten. Das beste und einfachste Mittel, um dies zu erreichen, ist die ideologische Einteilung in Schubladen: Mal rechts, mal links und die, die keine Meinung haben,

für die hat es immer irgendwo noch Platz.

Die neue Politik ist glücklicherweise anders. Gute Politiker lassen sich nicht in Schubladen stecken. Es gibt eine neue politische Bewegung und zwar nicht nur in Liechtenstein. Bestes Beispiel dafür ist Frankreich. Da wird einer zum Staatspräsidenten gewählt, der aus einer etablierten Partei austrat und quasi als Abtrünniger ohne Schublade eine neue Partei gründete. Erkennen Sie allfällige Parallelen zu Liechtenstein?

Die neue politische Kultur lässt sich nicht mehr aufhalten und es nützt auch nichts, wenn man denen, die dem Volk am nächsten stehen, unterstellt, sie seien böse Verführer. Es ist die Angst der etablierten Parteien, des Establishments, dass sie ihren Einfluss und ihre Macht verlieren, deshalb und nur deshalb versuchen sie eine Bewegung, die eine Volksbewegung ist, ins Lächerliche oder Bedrohliche zu ziehen. Es geht darum, dass Politiker nicht in Schubladen funktionieren dürfen, sondern den Raum in dem der Kasten mit den Schubladen steht, erfassen können. Nur so werden wir die Zukunft erfolgreich meistern. Es werden alle davon profitieren und nicht nur ausgesuchte parteikonforme Akteure, die sich nicht getrauen ihre eigene Meinung zu sagen.

Wer hat's also erfunden? Das Volk, lat. *populus*, hat's erfunden, weil das Volk nicht mehr mit fadenscheinigen Argumenten von Möchtegern-Politikgrößen gesteuert werden will. Dass in Liechtenstein Handlungsbedarf besteht ist unbestritten. Bei uns werden immer noch nicht alle Bürger gleich behandelt und vieles ist undurchsichtig.

Wahre Demokratie ist das Ziel der Unabhängigen. Wir sind kein Sammelsurium von Wutbürgern, sondern wir sind das Volk.

Wir Liechtensteiner haben eine erfolgreiche Zukunft vor uns. Wir müssen nur noch lernen, dass Veränderungen nicht immer ein Nachteil sind.

## Die eierlegende Wollmilchsau

von Jürgen Beck

Jeder hat schon von diesem Wundertier gehört, aber was hat es mit Liechtenstein zu tun? Sehr viel denke ich. Es gibt auch andere Ausdrücke dafür, z.B. «dr Füfer und's Weggli» oder andere Sprichwörter. Bedeuten tun alle das Gleiche; sie beschreiben den Umstand, dass man sich nicht zwischen zwei oder mehreren Dingen entscheiden muss, sondern einfach alles nimmt. Ganz einfach weil man meint, dass man es kann.

Nun, insgeheim wünschen die meisten von uns den «Füfer und's Weggli», aber wir wissen insgeheim, dass es in der Realität halt einfach nicht funktioniert. Es ist auch nicht gesund, wenn man zu viele Weggli isst, auch wenn man diese haben könnte, ohne den Fünfer zu bezahlen. Einer bezahlt schliesslich immer die Rechnung.

In den letzten Jahrzehnten haben wir Liechtensteiner so manches Mal einfach alles genommen und einseitig (zurück-)gegeben, ganz einfach weil es ging. Das eine oder andere Mal sicher ohne abschätzen zu können, welche Konsequenzen dieses Tun in der Zukunft haben wird. Wie gesagt, Einer zahlt immer die Zeche.

Zugegeben, uns ging uns gut und uns geht es auch heute noch gut, aber ich getraue mich zu behaupten, dass sich das in Zukunft verändern wird, wenn wir nicht erkennen, dass wir von dieser «Fünfer und Weggli»-Politik wegkommen müssen.

Im englischsprachigen Raum redet man von: «must have» oder «nice to have». Brauch ich etwas oder wäre es schön, wenn ich es hätte? Die Frage wäre ja noch einigermaßen einfach zu beantworten, wenn da nicht ein alter Bekannter auch noch mitreden wollte. Es ist einer der ältesten Liechtensteiner, der Neid zwischen Nachbarn, Gemeinden oder gar zwischen Ober- und Unterland, ein Umstand, der immer wieder von rührigen Politikern bemüht wird, teilweise mit fatalen Folgen, bis hin zur Handlungsunfähigkeit.

Wäre eigentlich ganz einfach: Brauch ich etwas, will ich etwas und gönne es aber auch anderen. Simpel, nicht wahr? Und dennoch so schwer. Und wenn es die politische Elite nicht vorlebt, wie soll es denn in einer Gesellschaft funktionieren.

Ich führe einfach einmal ein paar Beispiele an und fordere Sie auf, die entsprechenden Fragen für sich zu beantworten:

Brauchen wir ein eigenes Radio? Welche Funktionen erfüllt das Radio? Kommt das Radio L seinen gesetzlich festgelegten Aufgaben nach? Wieviel Geld soll bzw. darf ein eigenes Radio kosten? Ist es einfach nur schön, wenn wir ein eigenes Radio haben, oder wollen wir es wirklich?

Noch eine Frage gefällig? Brauchen wir zwei Landeszeitungen? Ist der staatlich subventionierte Journalismus werteneutral, parteineutral und informativ, vielleicht sogar investigativ und überwachend? Oder ist es einfach nur schön, wenn man ein paar Journalisten beschäftigen und die eigene Partei ideologisch unterstützen kann. Was würde uns eine neutrale Presse kosten und vor allem, welchen Mehrwert hätten wir alle davon?

Es gäbe Dutzende von Beispielen, in der Bildung, im Sozialbereich, in Kultur, Altersvorsorge, Gesundheit, Wirtschaft, usw. usf. Bei allen Bereichen wird die Frage sein, was wäre schön, wenn wir es hätten, oder was brauchen wir tatsächlich. Schlussendlich läuft alles auf das Gleiche hinaus. Die Politiker brauchen Rückgrat und müssen sich kennen.

Nein, die Zukunft gehört nicht den Fahnen im Wind, die Zukunft gehört denen mit einer eindeutigen und klaren Meinung, die sie dann auch noch konsequent vertreten. Ich komme nicht umhin zu sagen, dass ich bei den Unabhängigen genau diese mutigen Menschen gefunden habe.

**Keine eierlegende Wollmilchsau, aber Menschen mit Herz, Verstand und vor allem mit Rückgrat.**

## Provisorische Schulen?

Herbert Elkuch

Für unser Land sind optimale Schulen, in denen Wissen vermittelt wird, von grösster Wichtigkeit. Den Gemeinden und dem Staat ist aufgetragen worden, entsprechend dem Bedarf die Infrastruktur, die Lehrmittel und nicht zuletzt auch qualifiziertes Lehrpersonal bereitzustellen. Die Kosten sind weitgehend von der Allgemeinheit zu tragen. Für unser Land ist Bildung die Basis der Zukunft. Im Bildungswesen sparen ist verfehlt, Investitionen müssen nachhaltig sein.

### Bedarf an Schulen ist rechtzeitig erkennbar

Der Bedarf an Schulraum zeichnet sich aufgrund der Geburten und dem Familiennachzug mit Kleinkindern frühzeitig ab. Die Schulbauten selbst unterliegen einer Alterung, wobei die Alterung kontinuierlich und langsam vor sich geht. Somit kann rechtzeitig ein Neubau geplant werden.

Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, warum vorgängig ein Provisorium erstellt werden soll. Ein Provisorium ist etwas das vorübergehend gebraucht wird. Ich gehe davon aus, dass Schulraum auch in 50 Jahren noch gebraucht wird und daher müssen dauerhafte Schulen gebaut und nicht Millionen in kurzlebige Provisorien gesteckt werden. Konkret möchte die Regierung den Mietvertrag für das Schulgebäude mit genügend Klassenzimmern und viel Umschwung in schönster Lage vom Kloster St Elisabeth kündigen und als Ersatz für 3,5 Mio. Franken ein Provisorium bauen.

### Generalversammlung

Gerne weisen wir die du-Mitglieder schon jetzt auf die bevorstehende Generalversammlung unseres Vereins hin. Sie findet am Dienstag, den 13. Juni um 19.00 in der Cantina im Schaanwald statt.



AUS DEN GEMEINDEN

Die Strategiekommission der Gemeinde Triesen

von Ivo Kaufmann, du-Gemeinderat

Gemäss den Vorgaben sowie Prognosen des Finanzplanes und des Investitionsbudgets steht in der Gemeinde Triesen über die kommenden Jahre die Umsetzung verschiedener Hochbauten (u.a. Kindergartenneubau Maschlina, Sanierung Schulanlage Gässle etc.) an. Am 9. Juni 2015 hat der Gemeinderat einstimmig entschieden, eigens dafür eine Strategiekommission ins Leben zu rufen. Aufgabe dieser Kommission soll es sein, diese anstehenden Hochbauprojekte strategisch zu planen und umzusetzen. Die Kommission setzt sich zusammen aus dem Gemeindevorsteher als Vorsitzender, vier Gemeinderatsmitgliedern und zwei Vertretern der Bauverwaltung. Wie alle andern Kommissionen hat auch dieses Gremium «lediglich» eine beratende Funktion und gibt Empfehlungen an den Gemeindevorsteher.

rat ab. In letzter Zeit ist es immer wieder zu Unzufriedenheiten bei einigen Triesener Bürgerinnen und Bürgern gekommen, die ebenfalls Mitglied der einen oder anderen Kommission sind (Beispiel Liegenschaftskommission, Schulrat etc. Sie fühlen sich von der Strategiekommission übergangen oder nicht miteinbezogen.

Da sich nicht immer der ganze Gemeinderat um alles kümmern kann, hat man ursprünglich gemeinderätliche Kommissionen geschaffen. Im Reglement der Gemeinde Triesen über die Gemeindevorstellungen sind Zweck und Aufgaben der verschiedenen Kommissionen genau beschrieben: Die Gemeindeaufgaben sollen auf einen weiteren Kreis der Einwohnerschaft aufgeteilt werden, mit dem Ziel, eine umfassende Meinungsfindung in Sachfragen zu erreichen, eine breite demokratische Abstützung der Arbeit des Gemeinderates zu ermög-

lichen und die Gemeindebehörde von besonderen Aufgaben zu entlasten. Sie sollen eine vorbereitende Bearbeitung von Geschäften im Auftrag des Gemeinderates oder des Gemeindevorstehers wahrnehmen und zu Themen in eigener Initiative Vorschläge und Konzepte entwickeln. Die Kommissionen sollen dazu mit anderen Kommissionen zusammenarbeiten und in einer möglichst frühen Phase in den Entscheidungsfindungsprozess einbezogen werden.

In Triesen scheint einiges davon in Vergessenheit geraten zu sein. Eine Gemeinde kann nur dann gut funktionieren, wenn Bürgerinnen und Bürger, Gemeinderat, Gemeindeverwaltung und eben auch die Kommissionen mitmachen dürfen. Bleibt zu hoffen, dass man den Kommissionen ihre demokratischen Rechte inskünftig wieder zugesteht und die ihnen zugedachten Aufgaben auch machen lässt.

Treibhaus > Erderwärmung > Klimakatastrophe > Klimaschutz > Dekarbonisierung > Genozid

von Wolfgang Thüne\*

Es ist ein modernes politisches wie wissenschaftliches Märchen, die These von der Erde als «Treibhaus». Es besagt, dass die «Gegenstrahlung» der über die Verbrennung fossiler Energien in die Atmosphäre emittierten «Treibhausgase» eine «Erderwärmung» erzeugt wird und zu einer globalen «Klimakatastrophe» führt. Doch haben Sie sich schon einmal gefragt, wie sich die Erde mit der von ihr selbst emittierten Strahlung erwärmen kann, wenn nur Bruchteile von ihr an sie zurückkommen und der Großteil durch das «stets offene atmosphärische Strahlungsfenster entweicht? Wenn Sie einen Raum beheizen wollen, dann öffnen Sie nicht die Fenster, sondern schließen sie.

An dieser Treibhaus-These ist nichts richtig. Richtig ist, dass jeder feste und flüssige Körper wie auch die Erde permanent elektromagnetische Energie abstrahlt. Die Intensität und Wellenlänge der Strahlung hängt allein von der Oberflächentemperatur des strahlenden Körpers ab und ist proportional der 4. Potenz der absoluten Kelvin-Temperatur. Die Strahlung ist unsichtbar, infrarot und breitet sich mit Lichtgeschwindigkeit aus. Im Bruchteil einer Sekunde ist sie in 36.000 km Höhe und kann von Satelliten, die mit IR-Sensoren und entsprechenden Wärmebildkameras ausgerüstet sind, empfangen werden. Das Wechselspiel zwischen der immerwährenden Wärmeabstrahlung der Erde als Output und der tagesperiodischen Einstrahlung der Sonne als Input erzeugt den Tagesgang der Temperatur, dessen Amplitude direkt an der strahlenden Erdoberfläche am größten ist und mit der Höhe abnimmt.

Warum der «natürliche Treibhauseffekt» von 33 (!) Grad ins Reich der Märchen gehört, das soll in zehn Punkten kurz erklärt werden, zumal für seine Entstehung nicht die Sonne bemüht wird, sondern einzig und allein die «Gegenstrahlung» der zusätzlich durch Verbrennungsprozesse in die Luft emittierten «Treibhausgase». Die «Gegenstrahlung» soll ja nicht nur den Strahlungsverlust der Erde ausgleichen, sondern zu einer Erwärmung von 33 Grad führen. Da keine Erklärung von den «Klimaexperten» geliefert werden

kann, muss an den «Treibhauseffekt» geglaubt werden. Wer es nicht tut und experimentelle Beweise verlangt, wird diffamiert und als «Klimaskeptiker» gebrandmarkt. Die allermeisten Politiker glauben völlig ungeprüft an das «Treibhausmärchen» mit der wärmenden «Gegenstrahlung». In einer grenzenlosen Naivität ohnegleichen glauben sie, der «Erderwärmung» mit der «Dekarbonisierung» Einhalt gebieten zu können. Sie wissen aber nicht, welche Verantwortung sie übernehmen und wie künftige Generationen urteilen werden. Um schaden von ihnen abzuwenden, sind schon kurz einige Argumente zusammengetragen, um die These vom «Treibhauseffekt» zu widerlegen.

1. Schon der Vergleich ist irreführend und falsch. Die Erde ist kein Gewächshaus, kein «Treibhaus», denn ihr fehlt die schützende Glas-hülle. Doch selbst wenn die Erde in eine Glaskugel eingeschlossen wäre, könnte sie sich nicht von selbst aus eigener Kraft erwärmen. Wie ein Gewächshaus muss sie von außen durch die Sonne oder von innen durch einen Kohleofen erwärmt und auf einer für die jeweiligen Pflanzenkulturen passende Temperatur gehalten werden!

2. Es gibt ein Naturgesetz, wonach jeder Körper mit einer Temperatur oberhalb des absoluten Nullpunkts (0 Kelvin oder -273,15°C) in Abhängigkeit von derselben Energie abstrahlt und sich abkühlt. Dieses Naturgesetz gilt auch für die Erde, wie man bei Strahlungswetter am Tagesgang der Temperatur sieht. Die Strahlung ist ob der niedrigen Temperatur der Erde unsichtbar als Infrarot-Strahlung, die mit Wärmebildkameras von Satelliten aus gemessen und als Strahlungstemperatur sichtbar gemacht werden kann. Im Kleinen wie im Großen, für die Erde gilt das Newton'sche Abkühlungsgesetz. Ohne Energiezufuhr von außen, ohne das «Es werde Licht» wäre Leben auf der Erde nicht möglich. Die These von der «Erderwärmung» ist eine bewusste Angst erzeugende Fälschung, die von der Natur selbst tagtäglich falsifiziert wird.

3. Voraussetzung für alles irdische Leben ist und bleibt die Sonne. Sie spendet als Lichtquelle die Ener-

gie, welche die «grünen Pflanzen» wachsen lässt. Ihre Energie setzt auch die Atmosphäre in Bewegung, erzeugt die Allgemeine Zirkulation und sorgt für die Wettervielfalt auf Erden. Dem unterschiedlichen Lebensmilieu der von der Sonne beschienenen rotierenden Erdkugel passen sich perfekt die Pflanzen an und erzeugen eine einzigartige biologische Vielfalt. Der Flora passt sich die faunistische Artenvielfalt an.

4. Die «grünen Pflanzen» sind auf die Existenz von Kohlenstoffdioxid CO<sub>2</sub> in der Luft angewiesen, wie die Photosynthesegleichung zeigt. Die Pflanzen sind auch auf Licht und flüssiges Wasser angewiesen. Sie wachsen nur bei Tag und nicht bei Dauerfrost, wie die unterschiedlichen Vegetationsgürtel auf der Erde zeigen. Wie perfekt sich das Leben der Erde an den Strahlungsrhythmus der Sonne anpasst, demonstriert das Leben selbst beim Tag-Nacht-Rhythmus wie im jahreszeitlichen Rhythmus. Das gilt nicht nur für die meteorologischen Elemente, auch der Zug der Kraniche und Störche, die Wanderung der Bisons sind Ausdruck, wie alles Leben der lebenspendenden Kraft der Sonne folgt. Dies gilt insbesondere für Zucht und Anbau von Zier- und Gemüsepflanzen.

5. Wenngleich schon einfache naturphilosophische Überlegungen zeigen, dass die Erde kein «Treibhaus», eine «Erderwärmung» unmöglich ist, wollen die Staaten, --so das «Pariser Abkommen von 2015» --, zwei Phantasie-Effekte mit Hilfe der «Großen Transformation» und die «Dekarbonisierung» der Wirtschaft bekämpfen. Manche grüne Phantasten träumen gar von einer CO<sub>2</sub>-freien Atmosphäre als klimapolitisches Nonplusultra. Doch entzöge man den winzig kleinen Anteil von 0,04 % CO<sub>2</sub> der Luft, so würde das Wetter samt seinen Temperaturen keine Notiz davon nehmen, doch ohne CO<sub>2</sub> wäre das ultimative Todesurteil für alle «grünen Pflanzen» gesprochen. Ohne sie gäbe es keine Nahrung für die Tiere wie den Menschen und auch keinen Sauerstoff, der für die Verbrennung der Nahrung unverzichtbar ist. In der Nahrung steckt Sonnenenergie als Lebensenergie. Dieses Ende hat der

Glasfaserausbau ja, aber...

von Thomas Rehak

Die LKW planen, den Ausbau des Glasfasernetzes in Liechtenstein zu forcieren. Grundsätzlich ist ein Glasfaserausbau im Land zu begrüßen. Trotzdem gibt es aber einiges, was zu berücksichtigen wäre, wenn solch eine Strategie umgesetzt wird.

Bestehendes Netz:

Der Glasfaserausbau in Liechtenstein ist schon heute weit fortgeschritten. Viele Knotenpunkte in den Strassen und Ortsteilen sind bereits mit Glasfasern erschlossen. Für den Glasfaserausbau fehlen vor allem die letzten paar Meter bis zum Anschlusskasten eines Gebäudes. Diese paar Meter sind die teuersten, da dieses Kabel meist nur von sehr wenigen Anschlüssen benutzt und finanziert werden muss. Schon heute gäbe es allerdings Technologien für das bestehende Kupfernetz, mit denen wie mit Glasfaserkabeln Bandbreiten bis zu ein Gigabit pro Sekunde erreicht werden können. Problem: Diese Technologie kann im FL nicht eingesetzt werden.

Speziallösung Liechtenstein seit 2006

Der im 2006 verantwortliche Regierungsrat Martin Meyer hat in Liechtenstein etwas umgesetzt, was im Bereich Telekommunikation in ganz Europa einzigartig ist, nämlich die Trennung des Netzes von den Diensten. Das Netz gehört der LKW, Dienstanbieter sind die Telecom FL AG und andere private Provider. Diese Speziallösung verhindert jetzt, dass die derzeit in allen Nachbar-

ländern verwendete Technologie (bekannt unter dem Begriff «Vectoring») verwendet werden kann. Dafür müsste nämlich ein einzelner Anbieter, z.B. die Telecom FL AG, den gesamten Datenfluss im Kupferkabel steuern können. Weil das bei uns nicht der Fall ist, leistet das FL-Kupfernetz nur einen Bruchteil von dem, was heute möglich wäre und in unseren Nachbarländern gang und gäbe ist. Somit haben wir heute dank dieser falsch gewählten Strategie gravierende Leistungseinbussen in Bezug auf Geschwindigkeit und Qualität.

Telecom und LKW wollen Problem mit schnellem Glasfaser-Ausbau lösen

Wie allseits bekannt ist, werden bei uns Fehler nicht an der Wurzel angepackt, sondern einfach und schnell mit Geld zugedeckt. An dieser Einstellung hat sich leider nichts geändert. Allerdings werden die Leistungsprobleme und die in der letzten Zeit häufiger auftretenden Qualitätsprobleme mit dem Glasfaserausbau nicht zeitnah gelöst. Im Jahr 2013 wollte die Swisscom die Telecom – aus gutem Grund – nur mit dem dazugehörenden Kupfer- und Glasfasernetz kaufen. Ich habe im Jahr 2013 dafür plädiert, die Telecom nicht zu verkaufen, aber nur dann, wenn die Netze zurück zur Telekom gehen und das TV-Netz an einen Dritten verkauft wird. Dieser Forderung ist die Regierung bis heute nicht nachgekommen. Diesen falschen Setup zahlt nun der Endkunde mit überhöhten Netznutzungsgebühren und Leistungseinbussen.

AHV im Jahr 2016

Herbert Elkuch

Trotz guter Arbeit weniger Reserven

Der sehr detaillierte Geschäftsbericht der AHV zeigt erneut ein weiterer Abbau der Jahresausgaben in Reserve, obwohl die Mitarbeiter der AHV sehr gute Arbeit geleistet haben. Fest steht: Seit 2003 reichen die Beiträge nicht mehr, um die Renten zu bezahlen. Von Jahr zu Jahr fehlt mehr, mittlerweile finanzieren die Beiträge nur noch 86% der Rentenzahlungen. Wo führt das hin, wenn über die Verhältnisse gelebt wird?

Der dritte Beitragszahler

Im Jahr 2000 waren für 14,97 Jahre Reserven vorhanden, jetzt sind wir bei Reserven für 10,73 Jahre. In Franken ausgedrückt: Seit dem Jahr 2000 ist die AHV um rund 1,2 Mrd. Franken ärmer geworden. Der Abbau setzte sich auch im Jahr 2016 geringfügig fort, obwohl zu den Beiträgen noch der Staats-

beitrag mit CHF 52 Mio. und der Vermögensertrag mit CHF 82 Mio. dazu kam. Mit dem Abbau des Vermögens stirbt der dritte Beitragszahler, der mit seinen Vermögenserträgen seit 1954 bis heute im Schnitt 21,2% der AHV-Einnahmen finanzierte. Ohne AHV-Vermögen wären die Beiträge für die AHV um vieles höher oder die Renten um vieles kleiner.

Risiko der Zu- und Abwanderung

Meiner Ansicht nach müssten die AHV-Reserven die ausländischen Verpflichtungen in jedem Zeitpunkt beinahe erfüllen können. Das heutige Vermögen ist zu 85% mit liechtensteinischen Mitteln aufgebaut worden. Wenn die Anzahl der ausländischen Beschäftigten zurückgeht, kann der heutige hohe Ausländeranteil in der AHV zum Risikofaktor werden. Bei einem Rückgang der ausländischen Beschäftigten fehlen die Nachkommen als Beitragszahler ihrer Eltern, die im Ausland wohnen und eine AHV-Rente bekommen.

WBGU-Präsident Hans Joachim Schellnhuber «Genozid» genannt. Kohlenstoffverbindungen spielen eine elementare Rolle in der Natur. Eiweiße, Fette und Kohlenhydrate dienen als Grundbausteine des Lebens.

6. Ist der globale «Genozid» der Preis für den Schutz eines «Gutes» namens «Klima», das es gar nicht gibt, ja der Natur unbekannt ist? Dabei gibt es in der Lufthülle nur einen einzigen Vorgang, den wir «Wetter» nennen. Wetter ist allgegenwärtig, stets wechselhaft, nur kurz vorhersagbar und schlimmer – es macht, was es will und gehorcht uns Menschen nicht!

Fortsetzung auf Seite 4



die Unabhängigen – für Liechtenstein

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins «du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti  
Adresse: du – die Unabhängigen  
Feldkircherstrasse 50,  
Postfach 154, 9494 Schaan,  
www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 19'600 Exemplare



## Wildtierübergang Ställa – Schwabbrünnen

von Werner Frommelt

In unserem dicht besiedelten Talraum mit zahlreichen stark befahrenen Verkehrsstrassen ist es für Wildtiere schwierig, das Rheintal unbeschadet zu überqueren. Geschlossene Siedlungsgürtel und Landstrassen, teilweise mit wilddichten Zäunen, behindern Wildwechsel und Amphibienzüge. Um diese Situation zu verbessern wurde vom Amt für Wald, Natur und Landschaft, heute Amt für Umwelt, schon vor Jahren ein Konzept für einen rheintalquerenden Wildtierkorridor ausgearbeitet. Das Gebiet zwischen Ställa-Schwabbrünnen und dem Bannriet-Tentscha ist das einzige noch halbwegs unver-

baute Gebiet, wo Wildtiere über das Rheintal wechseln können. Auf der Schweizer Seite des Rheintals haben die kantonalen Behörden gehandelt und wildtierfreundliche Übergänge an Hauptstrassen und an der Autobahn realisiert. Gemäss Planungen des Bundesamtes für Strassen ASTRA soll südlich von Haag eine Grünbrücke über die Autobahn A13 erstellt werden, als Ergänzung für den vorgesehenen Wildtierkorridor auf der Liechtensteiner Seite zwischen Schaan und Eschen. Bei Trimmis im Kanton Graubünden wurde soeben eine ähnliche Brücke eröffnet. Liechtenstein ist im Zugzwang und sollte die entsprechenden Einrichtungen gemäss vorliegendem Konzept

umsetzen. Das Konzept wurde vor über zehn Jahren dem Landesbauamt, heute Amt für Bau und Infrastruktur, übergeben. Vorgesehen ist eine Wildtierunterführung unter der Feldkircher Strasse sowie Leitstrukturen in Form von Feldgehölzen und Hecken im offenen Landwirtschaftsgebiet. Die Gemeinden Vaduz, Schaan und Eschen haben auf ihren Rietgebieten bereits zahlreiche ökologische Flächen geschaffen oder sind daran, diese zu realisieren. Was dringend benötigt wird, ist die Wildtierunterführung Ställa-Schwabbrünnen. Die Zeit drängt. Gemäss ASTRA soll die Wildbrücke an der Autobahn 2019 realisiert werden, wenn denn auf Liechtensteiner Seite die Aufgaben gemacht worden sind.

## Schulprovisorium für die Klosterschule St. Elisabeth

von Thomas Rehak

Die Regierung schreibt in ihrem Bericht und Antrag an den Landtag, die Schule des St. Elisabeth erfülle weder die pädagogischen, schulorganisatorischen noch baulichen und betrieblichen Anforderungen. Der Landtag soll nun 3.5 Mio. Franken für den Bau von provisorischem Schulraum bewilligen. Das Provisorium soll zwischen die beiden Schulzentren Mühleholz I und II geklemmt werden. Weiter hält die Regierung fest, dass damit die jährlichen Kosten von 750'000 Franken hinfallig würden. Diese Kosten ergeben sich aus CHF 490'000 für Miete und CHF 260'000 für Nebenkosten (Heizung Wasser, Reinigung und Hauswartungskosten). Ich denke, wenn überhaupt, kann ein Teil der CHF 490'000 eingespart werden. Investiert man diese 3.5 Mio. Franken, muss dieses Provisorium aber mindestens 7 Jahre und 2 Monate betrieben werden, damit es nicht teurer kommt als das, was man heute hat.

Nun nach einem Augenschein in der Schule des St. Elisabeth frage ich mich wie und weshalb die Regierung zum Schluss kommt, diesen Standort praktisch per sofort für unbrauchbar zu erklären. Nicht einmal das Argument bezüglich behindertengerechter Bausubstanz lässt sich nach meiner Einschätzung aufrechterhalten, mit wenigen Eingriffen und einem Aussenlift könnte, wenn das Land wollte, Abhilfe geschaffen werden.

Der Standort der Schule kann viel mehr als sehr attraktiv angesehen werden, komplett im Grünen mit genügend Umschwung für die Jugendlichen, um sich in den Pausen z.B. beim Fussballspielen auszutoben. Die Umgebung bietet so viel, dass andere Schulen neidisch werden könnten. Auch die Klassenzimmer könnten, wenn man denn wollte, mit wenig Aufwand saniert werden. Aus meiner Sicht sollte unbedingt an diesem Standort festgehalten werden, dies aus zwei Gründen: Erstens sind grosse Schulstandorte mit sehr vielen Schülern anfälliger für diverse Probleme. Zweitens ist der Standort St. Elisabeth ideal, da er genügend Raum rund um die Schule bietet und mit wenig Aufwand für weitere 10 Jahre hergerichtet werden kann. Ich hoffe dass die Abgeordneten sich vor Ort selber ein Bild machen, wenn es um Entscheidungen bezüglich dieses Standortes geht. Ein Provisorium zwischen zwei bestehenden Schulzentren für 3.5 Mio. Franken ist hinausgeworfenes Geld.

## Kooperation in der Spitalsregion Ostschweiz

Ado Vogt

Ab dem 1. Januar 2018 versteuern die 74 in Liechtenstein wohnhafte Angestellten des Spitals Grabs ihren Lohn in der Schweiz. Diese Änderung ist einer strategischen Neuausrichtung unserer Politik zu verdanken, sich nicht mehr finanziell am Spital Grabs zu beteiligen. Geregelt war die Kooperation in der 1977 geschlossenen Spitalvereinbarung, nach welcher Liechtenstein einen jährlichen Innovationsbeitrag an die Spitäler Grabs und Walenstadt zahlte. Nachdem Liechtenstein im Jahr 2012 beschlossen hat, diesen Beitrag nicht mehr zu zahlen, änderte der Kanton St. Gallen im Gegenzug die Steuerpraxis einseitig. Für die Angestellten bedeutet dies, dass ihre Steuerlast sich mindestens verdoppeln wird. Genaues erfahren die Angestellten, wenn ihnen die erste Steuerrechnung ins Haus flattert. Diese Neuuerung betrifft übrigens auch die Angestellten des BZB in Buchs und des Spitals Walenstadt. Man kann nun zu Recht argumentieren, dass dies andere Liechtensteiner, die in der Schweiz arbeiten, auch müssen. Diese haben es aber schon vor Antritt ihrer Stelle

gewusst und konnten eine finanzielle Abwägung machen, ob der Job interessant genug ist oder nicht. Erstaunlich ist die Entwicklung, wenn man sich die Bedeutung des Spitals Grabs für die Liechtensteiner Patienten betrachtet. Ein Grossteil der Einwohner wurde in Grabs geboren, das Spital galt zusammen mit dem Spital Vaduz für viele immer als «eigenes» Krankenhaus. Rund 25 Prozent der stationären Patienten kommen aus Liechtenstein, bei den ambulanten Patienten ist die Zahl ähnlich. In der Geburtsabteilung wurde im 2015 eine eigene Frühstücks-lounge mit Liechtensteinbezug geschaffen, zu einem Grossteil durch private Spenden aus Liechtenstein finanziert.

Auch wenn das DBA mit der Schweiz auch für Liechtenstein viele Vorteile bringt, so bedeutet die neue Praxis für die einzelnen Angestellten eine erhebliche finanzielle Belastung. Ich bin überzeugt, dass es hier eine bessere Lösung gegeben hätte, weiss man doch, wie viele Ausnahmen es immer noch gibt. Es wäre es eine gute Gelegenheit gewesen, die oft beschworenen freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz spielen zu lassen...

## Treibhaus > Erderwärmung > Klimakatastrophe > Klimaschutz > Dekarbonisierung > Genozid

Fortsetzung von Seite 3

7. «Klima» ist eine pure Erfindung des Menschen. «Klima», so seine Definition, ist das «mittlere Wettergeschehen» einer bestimmten 30-Jahres-Periode. 1935 wurde bei einer Wetterdienstkonferenz in Warschau willkürlich die Zeit 1901-1930 zur «Klimanormalperiode» bestimmt. Nicht gesagt wurde, was an dieser Zeit «normal» sein sollte. Mit dieser Definition wird das Wetter seiner Geschichte beraubt. Die Wetterelemente werden schlicht zu 30-jährigen Mitteln komprimiert. Von den zahlreichen Wetterelementen hat man die Temperatur herausgegriffen, zu einer «Globaltemperatur» verdichtet und daraus ein fiktives «Globalklima» abgeleitet. Man eliminiert einfach die Komplexität des Wetters und lässt es in einer nackten Zahl als «Globaltemperatur» verschwinden. An diesen Wert koppelt man das «Globalklima», dessen «Globaltemperatur» man vorgibt regulieren zu können, indem man einfach an der «CO<sub>2</sub>-Schraube» dreht. Die Welt ist keine Lego-Welt, kein einfacher mechanistischer Experimentierbaukasten!

8. Doch das «Globalklima» kann gar nicht reagieren, denn es ist ein

Konstrukt. Dieses «Menschenkonstrukt» ist in der Natur nicht existent und ihr unbekannt. Die statistische Konstruktion von «Klima» eliminiert nicht die Existenz des bisweilen extrem wilden und chaotischen Wetters. Einzig auf das Wetter kommt es an. Es fabriziert alle denkbaren «Unwetter» auf Erden. Wer dem Wetter freien Lauf lassen muss, seine «Freiheitsgrade» nicht einengen kann, kann zwar nach 30 Jahren das zum «Klima» verdichtete Wetter zum «Schutzgut» deklarieren, aber er darf nicht der Illusion und dem Irrglauben verfallen, das «Klima» schützen und damit Einfluss auf das Wetter gewinnen zu können. Eine andere logische Schlussfolgerung lässt die Definition von «Klima» nicht zu. Jeder Mittelwert ist ein totes «Konstrukt» und kann weder eine «Klimakatastrophe» auslösen noch durch «Klimaschutz» gebändigt werden.

9. Dem Anschein und Anspruch nach leben wir in einer «Wissensgesellschaft», doch ausgerechnet Wissenschaftler wie die in dem «Weltklimarat IPCC» versammelten «Klimaexperten» verhindern den Durchbruch des Wissens, indem sie dieses streng nach ideologischen Vorgaben unterdrücken. Es war Immanuel Kant, der uns lehrte, zwi-

## Lieber Verein «Hoi Quote»!

von Harry Quaderer

Mein Beitrag im letzten «hoi du» hat Euch zum Widerspruch in einem Leserbrief herausgefordert. Besonders irritiert hat Euch anscheinend meine Bemerkung, dass ich eine Quotenregelung bei den Landtagswahlen für verfassungswidrig halte. Ich bin immer noch dieser Meinung und stehe mit dieser Meinung auch nicht alleine da.

Werfen wir einen Blick über den Rhein und etwas hinter die Berge. Bei der Solothurner Initiative «Für eine gleichberechtigte Vertretung der Frauen und Männer in den kantonalen Behörden» von 2001 hatte das Bundesgericht erstmals Gelegenheit, sich zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit politischer Quoten zu äussern, wie Prof. Daniel Thürer, ehemaliger Richter am Staatsgerichtshof, festgehalten hat. Für den Kantonsrat, die Kantonsregierung und die kantonalen Justizbehörden sollte eine dem kantonalen Bevölkerungsanteil (d.h. faktisch über 50% Frauen) entsprechende Vertretung der Frauen vorgesehen werden. Das Bundesgericht befand aber, dass die vorgeschlagene Quotenregelung gegen das Diskriminierungsverbot verstosse. Unser Landtagspräsident meinte im Volksblatt, «wenn man wirklich was

ändern will, dann hilft nur die Quote». Und die FBP-Regierungsrätin Aurelia Frick sekundierte: «Ich bin für eine Geschlechterquote, weil ich im Moment keine Alternative sehe».

Solche Aussagen tönen zwar schön und gut, sind aber doch eher parteipolitisches Kalkül. Persönlich interpretiere ich diese Aussagen als Affront gegenüber jeder Frau, die sich politisch betätigt oder betätigen will, ohne dass sie auf eine Quotenregelung setzt. Anforderungsprofile werden ganz einfach auf «Frau» reduziert, um sich bei den Frauen einzuschleimen. In aller Ehrlichkeit darf man einwenden, dass sehr viele Ämtchen in der Vergangenheit ganz einfach nach dem Grundsatz «nicht gewählte Kandidaten mit einem Parteipöstchen bei der Stange halten» vergeben wurden. Wichtig ist, dass man möglichst viele Schwarze irgendwo in einer Kommission oder einem Verwaltungsrat unterbringt. VU und Freie Liste gehen natürlich nach dem gleichen Grundsatz vor. Eine Frauenquote erleichtert es den Parteien, ihre Parteigängerinnen zu fördern. Sie können sich dann auch noch brüsten, dass sie angeblich etwas für die Frauenförderung tun. Dabei befördern Schwarz, Rot und Weiss doch immer nur ihre eigenen Parteiinteressen.

## Neuausrichtung der Beziehung zur Schweiz?

Ado Vogt

Aussenministerin Aurelia Frick hat in einem Interview im Volksblatt vom 6. Mai 2017 ein klares Bekenntnis zur Partnerschaft mit der Schweiz und Europa abgegeben. Während die Beziehung zu Europa vor allem durch die Übernahme von Gesetzen und Verordnungen geprägt ist und Liechtenstein gestalterisch nicht wirklich viel zu melden hat, besteht eine enge Partnerschaft zur Schweiz, die sich politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich auf Liechtenstein auswirkt. Dieses erneute Bekenntnis wäre für Liechtenstein zuallererst eine sehr gute Botschaft, haben wir doch unseren Wohlstand zu einem grossen Teil der Zoll- und Währungsunion zu verdanken. Zudem verfolgt Liechtenstein immer noch in vielen Bereichen den gleichen liberalen Ansatz, so etwa in der Verwaltung, in der Privatwirtschaft, im Bildungswesen und Verkehr und vor allem in der demokratischen Grundhaltung. Wichtig ist nun, diese Botschaft mit konkreten Inhalten zu füllen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Entwicklung eher von einem gestiegenen Misstrauen beiderseits geprägt war, so im Bereich Doppelbesteuerung, Quellensteuer, Entsendegesetz, Automatischer Informationsaustausch und vielem mehr. Tatsache ist, dass die vielfach ge-

priesene spezielle Situation Liechtensteins als Mitglied des EWR und als Partner in der Zoll- und Währungsunion mit der Schweiz zu einem Bumerang werden könnte, wenn die Interessen zu Europa und der Schweiz nicht sorgsam austariert werden.

Die EU und somit der EWR werden, egal ob Brexit oder nicht, weiterhin vor allem in der Regulierung und in der Einschränkung von persönlichen Freiheiten in Erscheinung treten. Dieser Umstand ist der sehr heterogenen Zusammensetzung der EU geschuldet, muss man doch Gesetze schaffen, die für Portugal ebenso Bestand haben wie für Estland. Natürlich argumentiert die Industrie zu Recht, dass der freie Zugang zum EU-Markt enorm wichtig ist, jedoch schiessen wir weit über das Ziel hinaus, den freien Warenverkehr zu gewährleisten. Liechtenstein bzw. unsere Wirtschaft sind deshalb so erfolgreich, weil wir eben aus beiden Mitgliedschaften das Beste kombinieren, die Errungenschaften der Schweiz mit dem Potenzial der EU.

Sollte sich die Schweiz eines Tages von uns abwenden, so bin ich überzeugt, ist eine vollständige Integration in die EU nur eine Frage der Zeit. Sorgen wir also dafür, dass wir die Schweiz bei Laune halten.

schen dem «Ding» und dem abstrakt davon abgeleiteten «Ding an sich» zu unterscheiden und uns mahnte, unseren eigenen Verstand zu nutzen, um uns aus der «selbstverschuldeten Unmündigkeit» zu befreien.

10. Gelingt uns dieser Befreiungsakt aber nicht und lassen wir wehrlos der Politik der «Dekarbonisierung» freien Lauf, dann dürfen wir uns nicht über deren Folgen beklagen. Diese zwar wird am Wetter und dem von ihm abgeleiteten «Klima» nichts ändern, aber ändern werden sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, und zwar radikal. Mag auch die neue «Klimareligion» über den «Klimaschutz» auch das anthropogen gelenkte «Paradies auf Erden»

versprechen, herauskommen wird die «Treibhaus-Hölle».

Die einzige Wirklichkeit, in der wir leben und mit der wir uns arrangieren müssen, ist das Wetter. Es ist ein Faktum! Das vergangene Wetter schützen zu wollen, auch wenn es durch unwirkliche Klimawerte zur Unkenntlichkeit verdichtet worden ist, ist ein nutzloses post-faktisches Unterfangen, es ist viel Wind um Nichts. Energieverschwendung!

\*Der Autor, Dipl.-Met. Dr. phil. Wolfgang Thüne, war in den 70er- und 80er Jahren Wettermoderator beim ZDF. In jüngster Zeit hat er sich in mehreren Büchern kritisch mit der vorherrschenden Klimapolitik auseinandergesetzt.